

## LEITARTIKEL

## In der Grauzone

Die Forderung mag widersprüchlich klingen, aber Geheimniskrämerie ist in der gegenwärtigen Lage des Verfassungsschutzes Gift – ein Gift, das Akzeptanz und Vertrauen in diesen Dienst zerstört.

Der Verfassungsschutz hat Aufgaben, die die Kehrseite einer offenen und freien Gesellschaft betreffen – es ist der „Hinterhof“, in

und Fehler hat es beim Verfassungsschutz gegeben: Die Mordserie der Zwickauer Neonazis hat ein Versagen offenbart, das Angst macht. Dass in einem solchen Dienst Akten geschreddert werden, die mit der rechtsextremen Terrorzelle zu tun haben, macht ebenfalls Angst. Dass es dem Chef der Behörde bisher nicht gelungen ist, Aufklärung zu leisten, macht seinen Rücktritt unverzichtbar. Bleibt die rückhaltlose Aufklärung aus, dann gibt es keinen Erkenntnisgewinn, aus dem zu lernen ist. Dann schießen nur Spekulationen ins Kraut, zum Beispiel, ob der Verfassungsschutz nicht auf dem einen, nämlich dem rechten Auge etwas schlechter sieht. Das wäre das Ende dieses Bundesamtes.

Heinz Fromm ist kein Bauernopfer des Bundesinnenministers. Fromm selbst hat den Vertrauensverlust seines Dienstes eingeräumt und – dem Prinzip der Verantwortlichkeit entsprechend – daraus Konsequenzen gezogen. Dafür hat er sich vergleichsweise lange Zeit gelassen. Es ist müßig, über die Gründe zu philosophieren. Die Person, die ein so wichtiges Amt innehat, ist im Interesse aller Bürger zum Erfolg „verdammte“, Fehler kann sich der Chef, der für die Mitarbeiter steht, nicht erlauben.

Reinhard Brennecke zum Verfassungsschutz



dem sich politische und religiöse Eiferer und gewaltbereite Extremisten bewegen. Es sind Kräfte, die liberale, tolerante und weltfremde Gemeinwesen für schwach halten und beseitigen wollen.

Unsere Demokratie ist dem Grundgesetz zufolge eine wehrhafte Demokratie – die politischen Verantwortlichen bedienen sich zur Gefahrenabwehr auch und gerade des Verfassungsschutzes, um die Bürger zu schützen.

Wenn bei einer solchen Organisation Pannen passieren, geht das in seiner Bedeutung weit über einen Dienst hinaus. Und Pannen

## KOMMENTAR

## Steuer soll bleiben

Die Hundesteuer ist nicht willkürlich. Der Rechtsanwalt Elmar Vitt, der vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen die Steuer erheben

danach die Hinterlassenschaften auf. Im Park besetzen Hundebesitzer oft ganze Wiesen, auf denen sie ihre Tiere ohne Leine herumlaufen und ihr Geschäft verrichten lassen. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer Parkbenutzer.

Doch damit nicht genug: Viele Hundebesitzer erwarten, dass alle die Kosten mittragen, die ihre Tiere verursachen. Ob Straßensäuberung oder der Aufbau von Hundestationen an beliebigen Gassi-Strecken – für die Unannehmlichkeiten, die durch Hunde und ihre Besitzer entstehen, sollen auch Unbeteiligte zahlen.

Offenbar gehen viele Hundebesitzer davon aus, dass ihre Lieblinge ein Recht auf Toleranz durch Nicht-Hundefreunde haben. Die ist allerdings nicht selbstverständlich. Für diese Toleranz sollten sie bereit sein, die Hundesteuer zu zahlen.

Shirin Schönberg zur Diskussion um die Hundesteuer



will, mag sie zwar für unethisch halten, aber Hunde sind nicht mit anderen Haustieren zu vergleichen.

Hamstern, Kaninchen, und Schildkröten kann man aus dem Weg gehen. Hunde zu meiden, fällt schwer. Ihre Herrchen und Frauchen gehen überall mit ihnen Gassi. Längst nicht alle sammeln

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: [redaktion.politik@bzbv.de](mailto:redaktion.politik@bzbv.de)

## ZITAT DES TAGES



„Als Präfekt der Glaubenskongregation ist dieser bornierte Scharfmacher fehl am Platz.“

Der katholische Theologe Hans Küng über den Aufstieg des Regensburger Bischofs Gerhard Müller

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:

Harald Wahls

Chefredakteur:

Armin Maus

Stellvertretender Chefredakteur:

Thomas Roth

Chef vom Dienst/Leser-Redaktion: Heinz-Peter Lohse

Leitende Redakteure in der Chefredaktion:

Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus

Reportage: Katrin Teschner Koordination Lokalredaktionen: Luitgard Heissenberg

Verantwortliche Redakteure:

Wirtschaft: Andreas Schweiger Kultur: Martin Jasper Online: Dirk Kühn

Sport: Hans-Dieter Schlawis Lokales Braunschweig: Henning Noske

Lokales Gifhorn: Marion Stief Lokales Helmstedt: Dr. Michael Strohmann

Lokales Peine: Dr. Kerstin Locher Lokales Salzgitter: Ingo Kugenbuch

Lokales Wolfenbüttel: Stephanie Memmert Lokales Wolfsburg: Luitgard Heissenberg (komm.)

Büro Berlin: Christian Karl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Michael Heuchert (verantwortlich) Vertriebsleitung: Anne Schattner

Verlag und Redaktion: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, 38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

[www.braunschweiger-zeitung.de](http://www.braunschweiger-zeitung.de)

[www.salzgitter-zeitung.de](http://www.salzgitter-zeitung.de)

[www.wolfsburger-nachrichten.de](http://www.wolfsburger-nachrichten.de)

[www.gifhorner-rundschau.de](http://www.gifhorner-rundschau.de)

[www.helmstedter-nachrichten.de](http://www.helmstedter-nachrichten.de)

[www.peiner-nachrichten.de](http://www.peiner-nachrichten.de)

[www.wolfenbuettel-zeitung.de](http://www.wolfenbuettel-zeitung.de)



Europa wird selbstbewusster

Karikatur: Jürgen Tomicek

## PRO &amp; CONTRA

## Sollte es eine gesetzlich festgelegte Lohnungleichheit geben?

Frauen verdienen rund 23 Prozent weniger als Männer. Die Grünen wollen per Gesetz eingreifen. Das hält die FDP für den falschen Weg.

## Ja!

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“



Beate Müller-Gemmeke, Bundestagsabgeordnete der Grünen, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Ja, und zwar weil die bestehenden gesetzlichen Regelungen nichts an der Entgeltdiskriminierung von Frauen geändert haben.

Obwohl die Entgeltgleichheit im Grundgesetz, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und im Europarecht verankert ist, geht eine Frau, die genauso gut ausgebildet ist, die gleichen beruflichen Erfahrungen hat und den gleichen Job wie ihr männlicher Kollege macht, am Ende trotzdem mit deutlich weniger Lohn nach Hause.

Wir brauchen wirksame gesetzliche Regelungen, damit der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ nicht nur Absichtserklärung bleibt. Die letzten Jahre zeigen: Freiwilligkeit

und Selbstverpflichtungen haben zu nichts geführt. Die alten Strukturen sind beharrlich und müssen überwunden werden. Die fehlende monetäre Anerkennung und Wertschätzung weiblicher Arbeit hat sich über Jahrzehnte in den Köpfen festgesetzt.

Die Annahme, dass weibliche Arbeit weniger wert ist, muss überwunden werden. Denn die Lebenswirklichkeit von Frauen sieht heute anders aus: Sie sind gut ausgebildet, selbstständig und selbstbewusst.

Wir Grüne fordern daher, dass Entgeltsysteme daraufhin überprüft werden müssen, ob mittelbare oder unmittelbare Diskriminierungen vorliegen. Nur wenn die Bewertung von Arbeit nach geschlechtsneutralen Kriterien erfolgt, kann Entgeltgleichheit durchgesetzt werden. Entscheidend ist, dass die Kriterien für Arbeit transparent und nachvollziehbar sind, die Tätigkeiten ihrem „Wesen“ nach bewertet werden und die Kriterien für Frauen und Männer gleichermaßen gelten. Die Arbeit von Frauen darf es nicht länger zum Schnäppchenpreis geben. Es muss Schluss sein mit dem Dauerrabatt von 23 Prozent.

## Nein!

„Das wäre gegen die Tarifautonomie.“



Nicole Bracht-Bendt, FDP-Bundestagsabgeordnete, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion

Nein! Entgeltgleichheit per Gesetz durchzusetzen, wäre ein herber Eingriff in die Tarifautonomie. Ich lehne es ab, die Unternehmen zu bevorzugen und ihnen per Gesetz vorzuschreiben, wie sie ihre Posten besetzen. Befragungen zeigen immer wieder, dass auch die Mehrheit der Bevölkerung gesetzliche Quoten ablehnt.

Die Überwindung der Entgeltgleichheit ist ausdrückliches Ziel des Koalitionsvertrages. Gleiches Gehalt für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein. Es ist ein Skandal, dass die Gehaltsunterschiede immer noch durchschnittlich 23 Prozent betragen und sogar in führenden Positionen am größten sind.

Die Ursachen für Ge-

haltsunterschiede müssen erkannt und beseitigt werden. Die FDP-Bundestagsfraktion setzt auf Transparenz bei den Gehaltsstrukturen, zum Beispiel mit Hilfe des von der Bundesregierung eingeführten Logib-D-Verfahrens für Unternehmen. Offenlegen von Gehaltsstrukturen ist die Grundlage für Entgeltgleichheit.

Die Unternehmen sind in der Pflicht, aber auch die Frauen. Die Berufswahl und längere Auszeiten aus dem Beruf nach der Geburt von Kindern sind immer noch häufig ausschlaggebend für Gehaltsunterschiede.

Frauen wählen häufig Berufe mit wenig Aufstiegsmöglichkeiten. Und jedes Jahr länger vom Arbeitsleben pausieren, heißt weniger Gehalt und weniger Rente.

Kinder dürfen kein Karriere-Nachteil für Frauen sein. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition ein über 4 Milliarden-schweres Ausbau-Programm für Krippen und Kindergärten auf den Weg gebracht.

Wir brauchen auch flexiblere Arbeitszeiten, die Müttern und Vätern es ermöglichen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

## PRESSESTIMMEN

## Nichts aufgeklärt

Die „Südwest-Presse“ in Ulm schreibt zum Verfassungsschutz und zum Rücktritt seines Präsidenten:

„Der vorzeitige Abgang von Heinz Fromm gibt dem Bundesamt für Verfassungsschutz seine Glaubwürdigkeit nicht wieder zurück. Vielmehr übernimmt der Präsident nur die persönliche Verantwortung für eine ganze Kette von Schlapereien, die seine Eignung als Behördenchef seit Monaten in Frage stellten. Und aufgeklärt ist mit diesem unabweisbaren Schritt schon gar nichts – weder die Mordserie des Neonazi-Trios selbst noch die mögliche Ver-

strickung von V-Leuten in dessen Umtriebe noch die skandalösen Umstände der dubiosen Aktenvernichtung. Es wird noch mehr Verantwortliche geben, die Konsequenzen ziehen müssen. Schon jetzt aber ist die Scham über das staatliche Versagen in einer beispiellosen Mordserie kaum noch auszuhalten.“

## Im toten Winkel?

Die „Leipziger Volkszeitung“ meint zum Verfassungsschutz: „Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm hat nun die politische Verantwortung dafür übernommen, dass in seiner Behörde nicht nur ge-

schlampt wurde, sondern dass dort sogar vorhandene Belege vernichtet worden sind. Das ehrt den Behördenchef, aber zur Wahrheitsfindung trägt dieser Schritt nicht bei. Solange die politische Führung aus der Zeit des Mörder-Jahrzehnts nicht befragt wird, solange ihre Anordnungen nicht offengelegt sind, muss Fromm als freiwillig Schuldiger gelten, hinter dem andere ihre Schuld verbergen können. Die entscheidende Frage wird sein, ob sich in der Ära Schäuble als Innenminister nicht der Blickwinkel auf die politische Extreme verschoben hat: Die Linke gut im Blick und die Rechte im toten Winkel?“